

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.37 Uhr
Ende: 13.40 Uhr

1) Flüssiggasverladestation

GRin. **Rücker** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung! Ich habe ja hier zu diesem Thema schon dreimal eine Frage gestellt. Heute, nachdem sich auch in den letzten Tagen durch das Auffinden einer Fliegerbombe die Situation am Ostbahnhof noch einmal, wie soll ich sagen, drastischer darstellt, werde ich noch einmal das Thema aufgreifen zur Flüssiggasverladestation, die dort durch die ÖBB geplant ist und werde diesmal an den zuständigen Stadtrat Walter Ferk die Anfrage richten, nachdem er zuständig ist für Katastrophenschutz und Feuerwehr in der Stadt Graz und wir in verschiedenen Gelegenheiten schon von der Feuerwehr, also diejenigen, die sich damit näher befassen, über die Risiken aufgeklärt wurden, wollte ich die Gelegenheit nutzen, dass hier auch der ganze Gemeinderat und auch die Öffentlichkeit vom zuständigen Fachreferenten Näheres darüber hört, auch wenn es als Restrisiko bezeichnet wird, doch enorme Risiko mit dem Einrichten einer Flüssiggasverladestation mitten im dicht besiedelten Gebiet, wie es dort geplant ist und worüber wir ja wissen, dass es auch Gespräche gibt, wir rechnen müssen und deswegen bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, können Sie in Ihrer Funktion als zuständiger Stadtrat für Katastrophenschutz und Feuerwehr den Gemeinderat und auch die Öffentlichkeit über das Risikopotential einer Flüssiggasverladestation, wie zum Beispiel eben der am Ostbahnhof geplanten, aufklären?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr gerne, Frau Gemeinderätin. Es ist natürlich ein außerordentlich ernstes Thema in unserer Stadt, die Fachabteilung hat mir übermittelt, dass Flüssiggas ein durch Druck verflüssigtes Gas ist und ist nach Austritt aus Behältern

in der Gasphase schwerer als Luft. Dies führt dazu, dass bei nicht beaufsichtigten Anlagen eine unkontrollierte Ausströmung trotz Gaswarnanlage möglich ist. Dabei kann Flüssiggas in die Kanalisation eindringen und nach Durchzündung zu einer quasi Raumexplosion führen, was zur Folge hat, dass in einem größeren Umkreis Kanaldeckel abgesprengt beziehungsweise weggeschleudert werden. Ein zusätzliches Gefahrenmoment, und Sie haben darauf in Ihrer Frage bereits aufmerksam gemacht, ist, dass sich in den letzten Tagen noch ergeben hat, stellen nämlich die Bombenblindgänger dar. Aus den Bombenblindgängerkataster ist zu entnehmen, dass im Umkreis des Ostbahnhofes zumindest drei Verdachtspunkte möglicher Bombenblindgänger noch vorhanden sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das übrige Areal frei von Kriegsaltslasten ist, weil wir wissen, dass gerade Bahnhöfe bevorzugte Ziele von Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg gewesen sind. Dieser Umstand soll hier zwar nicht überbewertet werden, er darf aber auch keinesfalls auf Grund des Gesamtgefahrenpotentials vernachlässigt werden. Dies deshalb, da ein Bombenfund immer erst bei Grabungsarbeiten zutage tritt und ein entsprechendes Ereignis dadurch ja schon eintreten kann. Da die Anlage im Normalfall unbesetzt ist, ist auch Sabotage und das Betreten Unbefugter in einem leichteren Umfang möglich als dies in anderen Betriebsanlagen der Fall wäre. Der Verladevorgang selbst stellt immer ein gewisses Risiko dar, da dieser Vorgang sehr stark von der Zuverlässigkeit des Bedienungspersonals abhängt. Ein ebenso nicht zu unterschätzendes Risiko stellt der Transport des Flüssiggases durch die Tankwägen selbst dar, da diese Fahrzeuge nach der Beladung quasi auch im Stadtgebiet verkehren, ist dadurch ein Sekundärrisiko als Folge hinzunehmen. Ergänzend darf angemerkt werden, dass für die Stadt Graz ein Streckenbewilligungsverfahren, wie noch vor 1995 vor dem EU-Beitritt gehandhabt, nicht mehr praktiziert werden kann, das bedeutet, dass der Transport von Flüssiggas nunmehr im gesamten Stadtgebiet ohne Einschränkungen und zu jeder Zeit, ausgenommen Lkw-Nachtfahrverbot, stattfinden darf. Aus den dargestellten Risiken und der Tatsache, dass eine Gefährdung im Umkreis bis zu 1000 Metern möglich ist, muss auf die Wahl des Standortes ein ganz besonderes Augenmerk gelegt werden. Aus der Richtlinie des österreichischen Berufsfeuerwehrverbandes E-06 geht hervor, dass innerhalb dieses Gefahrenbereiches dies entspricht einem Kreisdurchmesser von zwei Kilometern, bei uns ganz konkret betroffen ist. Messehallen Graz, Gerichtsgebäude, Fußballstadion, Eisstadion, Hochhaussiedlung, Kasernstraße, Schulen, Kindergärten und

gefahrengeneigte Betriebe wie Liquid Austria und Saubermacher und sich keine Einsatzkräfte aufhalten dürfen. Für die Praxis bedeutet das, dass im Umkreis von 1000 Metern eine Räumung stattzufinden hat, sämtliche Personen müssten bei einem Ernstfall diese Gefahrenzone verlassen. Nun muss aber festgehalten werden, dass in Abhängigkeit des Entstehungsbrandes großflächiger Flammenwirkung bereits nach weniger als 10 Minuten mit einer Explosion eines Kesselwagens zu rechnen ist. Der Feuerpolizei liegt ein Video vor, bei dem der Waggon nach dem Bersten bis zu 800 Meter weit geschleudert wurde. Dies zeigt auch die Ohnmächtigkeit einer auch schlagkräftigen Feuerwehr drastisch auf. Die Zeitspanne, gerechnet von der Alarmierung bis zum Eintreffen der Feuerwehr, wird je nach Verkehrsaufkommen in der Regel fünf bis zehn Minuten betragen, sodass an eine Räumung von einer Fläche mit mehr als drei Quadratkilometern im dicht verbauten Gebiet überhaupt nicht gerechnet werden kann. Daraus lässt sich die klare Schlussfolgerung ziehen, dass derartige Anlagen in dicht besiedelten Bereichen nicht errichtet werden sollten. Der Beleg für diese getroffenen Aussagen soll durch eine exemplarische Auflistung der größten Unfälle in der Vergangenheit erbracht werden. Ich habe eine Liste hier, Unfälle, die sich in den letzten 40/50 Jahren ereignet haben, davon sind die größten, nämlich 1966 in Frankreich durch Propangas verursacht 18 Tote, 1972 Brasilien 37 Tote, 1973 New York Propantankanlage, Nordfrankreich 1973, die größte Katastrophe war 1978 in Taragona Spanien, Propylen 215 Tote, 50 Schwerverletzte und es gäbe noch eine, ich kann sie ihnen zukommen lassen, eine traurige Liste von Ereignissen in diesem Zusammenhang. Abschließend möchte ich sagen, sollte wirklich ein Ernstfall in diesem Zusammenhang auftreten, dann ist natürlich damit zu rechnen, dass es Schwerstverletzte und Tote geben kann. Ich habe mehrmals, weil ich seit Beginn der Problematik auch mein Expertenteam der Grazer Berufsfeuerwehr zur Verfügung gestellt habe, sowohl mit dem Bezirk als auch natürlich den betroffenen Anrainerinnen und Anrainern, auch mit den Österreichischen Bundesbahnen Kontakt gehabt, habe heute noch einmal mich vergewissert, der zuständige Projektleiter hat mir in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass zwar noch immer an die Errichtung einer Flüssiggasverladestation gedacht ist, aber ernsthaft darüber nachgedacht wird, weil ich nicht der einzige Stadtpolitiker in den letzten Wochen gewesen bin, der auf diese Problematik, bei mir noch durch Unterlagen auch jetzt oder Gutachten der Feuerwehr belegt, dass ernsthaft darangegangen wird, gemeinsam mit der Stadtpolitik an einer möglichen,

außerhalb der Stadt zu errichtenden Flüssiggasladestation zu denken. Außerhalb der Stadt, auch das ist nicht ganz unbekannt, könnte theoretisch auch der Terminal in Werndorf sein, wo tatsächlich im Umkreis nicht ein derart dicht verbautes Gebiet ist. Diese Aussage von heute ist bestätigt worden und es liegt an uns, glaube ich, gemeinsam jetzt Letztgespräche zu führen, um nämlich auch der Bevölkerung die Sorge, die Angst über diesen Problembereich zu nehmen. Ich bin da guter Dinge und bin dankbar, dass die ÖBB inzwischen daran denken an die Nichtinstallierung einer derartigen Flüssiggasladestation (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Danke, die Zusatzfrage haben Sie mir schon beantwortet, danke vielmals.

2) Subvention der Uni Wien

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Meine Anfrage scheint zwar jetzt fast eine Lappalie zu sein. Sie hat aber eine gewisse Symbolkraft, denn gerade vor dem Weltspartag denkt man nicht nur daran, dass es, die Älteren zumindestens denken daran, dass der Sparefroh 50 Jahre wird oder geworden ist, sondern auch daran, so SprücherIn wie: „Spare in der Zeit dann hast du in der Not“ und bei uns hat es manches Mal den Eindruck, dass in manchen Bereichen nicht einmal in der Not gespart wird. Also meine Frage geht an den Herrn Stadtrat Miedl. Lieber Werner! „Die Universität bekommt von Stadtrat Werner Miedl eine Finanzspritze, echt arg!“, so lautete eine Meldung unter dem Mittel „Marie für Wien“ in einer Grazer Gratiszeitung. In dem Artikel wird kritisiert, dass von Sparsamkeit keine Spur zu sehen sei, denn angeblich, so die Grazer Wochenzeitung, würde die Uni Wien eine Projektsubvention in der Höhe von 2.500,- Euro aus dem Grazer Stadtsäckel, konkret von Werner Miedl, erhalten. Und das, obwohl Subventionen nur mehr für Belange, die unmittelbar das Grazer Gemeinwohl

betreffen, genehmigt werden. Also ich bin zwar nicht der Meinung, dass dieser Betrag von 2.500 jetzt eine kräftige Finanzspritze ist, so wie das in der Zeitung gestanden ist, aber es verwundert mich doch, dass überhaupt Gelder der finanzgebeutelten Stadt Graz nach Wien fließen sollen angesichts der Tatsache, dass wir heute sogar unser Dach über dem Kopf, nämlich das Rathaus, verscherbeln sozusagen, sind auch 2.500 eine sehr großzügige Zugabe zu andererseits gemachten Zusagen.

Die auch in der Wochenzeitung abgedruckte Begründung aus deinem Büro, Werner, man hätte die Zahlung leisten müssen, weil es sie bereits von der Landsrätin Edlinger-Ploder und dem Stadtrat Eisel-Eiselsberg gegeben hat, ist mir nicht wirklich sehr zugänglich und verständlich, weil ich ja nicht annehme, dass das irgendein ÖVP-Paket ist, das man da geschnürt hat, daher hätte ich gerne von dir den Mehrwert für die Stadt Graz gewusst. Und stelle daher die

F r a g e ,

ob du bereit bist, uns zu erklären, was es mit diesem Geldfluss nach Wien auf sich hat und was die Stadt Graz davon hat?

StR. **Miedl**: Sowieso Maxie, gerne mache ich das, Frau Gemeinderätin. Es handelt sich bei dem Projekt um ein Zweijahresprojekt, in dem Schulraum untersucht werden soll und zwar beauftragt ist das Zentrum für Sportwissenschaft gemeinsam mit dem Büro für Landschaftsplanung, das eine ist in Wien, das andere ist in Mödling. Ich kann nichts dafür, dass diese Kapazitäten sich dort befinden und es handelt sich um einen zweijährigen Vertrag, das heißt, der Vertrag ist abgeschlossen worden ein Jahr bevor ich Stadtrat wurde, distanzieren mich aber nicht, hätte ihn nicht Detlev Eisel-Eiselsberg abgeschlossen, ich hätte ihn prompt abgeschlossen, weil was sehr sinnvolles damit gemacht wird. Es werden Grazer und steirische Schulen, und zwar drei steirische und in Summe fünf Grazer Schulen, untersucht und zwar im Hinblick auf geschlechterspezifisches Verhalten von Schülerinnen und Schülern in den Schulen. Und wir haben mehrmals das Problem, ich kann mich erinnern, das hat

sogar der Gemeinderat einmal diskutiert, was führt dazu, dass Mädchen zum Beispiel den öffentlichen Raum weniger in Anspruch nehmen als Buben. Und wir haben jetzt genau im Bereich der Schulen beschlossen, dass wir die Lebensqualität der Schülerinnen und Schüler, der Lehrer, aber auch der Eltern heben und wir wollen natürlich unsere Schülerinnen und Schüler auch aktivieren im Freizeitbereich und da jetzt das Richtige zu tun in Summe um 5.000 Euro in zwei Jahren, nämlich wissenschaftlich untersuchen zu lassen, wir werden im Dezember in etwa das Ergebnis dieser Präsentation kriegen und daraus die Konsequenzen ziehen, und Zug um Zug umzusetzen ist geradezu die verpflichtende Aufgabe jedes Schul- und Sportpolitikers. Und das ist gemeinsam mit Land und Stadt begonnen worden, es gibt noch keine solche Untersuchung, es wird nur immer wieder in solchen Analysen beklagt und eigentlich darauf hingewiesen, dass es hoch an der Zeit wäre, Schülerinnen und Schüler dorthin zu aktivieren. Ich sage ein Beispiel, am Fußballplatz siehst du hauptsächlich Buben und kaum Mädchen, im öffentlichen Raum bei den Parkanlagen sind kaum Mädchen, jeder, der sich ernsthaft um das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen annimmt, weiß, dass Mädchen in dem kritischen Alter schwieriger aktivierbar sind als Burschen. Burschen kriegst du einfach leichter. Und genau das jetzt wissenschaftlich ergründen zu lassen als Basis für unsere weitere kommunalpolitische Arbeit um 5.000 Euro, meine Damen und Herren, ist eine Verpflichtung für mich und ich mache das gerne und ich bin dir, Teddy, dankbar, dass du diese Arbeit begonnen hast, ich danke auch der Edlinger-Ploder, dass sie da mitfinanziert und ich stehe zu dem Projekt so was von innig und intensiv, weil ich mich schon freue auf die Ergebnisse und ich bitte den Gemeinderat und die Gemeinderätinnen dieses Hauses, uns dabei zu unterstützen, dass man dann auch die richtigen Konsequenzen umsetzt, darum geht es mir (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Uray-Frick**: Ich möchte nur eine Anmerkung machen. So zu tun, lieber Werner, als wäre das eine ganz neue Erkenntnis und da braucht man eine Studie, dass Mädchen und Burschen unterschiedliche Zugänge haben, da gibt es genug Unterlagen und wenn ihr untereinander nämlich in der Stadtrategierung ein bisschen mehr reden würdet, ich bin überzeugt davon, dass da die Tatjana Kaltenbeck einiges an Unterlagen zur Verfügung stellen könnte. Danke (*Applaus SPÖ*).

3) Großraumtanklöschfahrzeug der Feuerwehr

GRin. Mag. **Fluch** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

Mag. **Fluch**: Wir bleiben bei der Feuerwehr. In meiner Anfrage an Herrn Vizebürgermeister, geht es um den Unfall eines der größten Fahrzeuge, die es sozusagen im Fuhrpark der Feuerwehr gibt, ein solches ist voriges Jahr passiert und hat damals den zuständigen Ausschuss und auch den Gemeinderat über mehrere Monate hinweg beschäftigt, bis dann endlich im Oktober des Vorjahres eine Aufwandsgenehmigung über eine Summe beschlossen wurde, da muss ich jetzt zwei Nullen hinten anhängen, damit sich das trifft mit dem, was Maxie Uray-Frick früher angesprochen hat, da ging es nämlich um 200.000 Euro, die damals für die Reparatur dieses Fahrzeuges beschlossen wurden. Zum damaligen Zeitpunkt war die Verschuldensfrage noch nicht endgültig geklärt.

Wie ich höre, wurde der Schaden nun doch von anderer Stelle bezahlt. Eine Information des Ausschusses oder des Gemeinderates darüber ist nach meinem Wissensstand nicht erfolgt.

Und deswegen richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, die

F r a g e

nach dem letztendlich Haftungspflichtigen, nach dem Zeitpunkt, wann dieser Haftungspflichtige festgestanden ist und ob das reparierte Fahrzeug auch tatsächlich auch wieder einsatzbereit ist.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Sie haben diesen Brandeinsatz vom 23.6.2005 angesprochen, wo unser neues Großtanklöschfahrzeug der Berufsfeuerwehr eben schwerst beschädigt wurde. Zur Klärung der Unfallursache wurde ein gerichtlich beeideter Sachverständiger für Kfz-Fälle beigezogen und beauftragt, ein entsprechendes Gutachten vorzulegen, dieses lag uns am 27.10.2005

vor. Als Schadensursache wurde in diesem Gutachten eindeutig ein Montagefehler durch die Erzeugerfirma am Fahrgestell des Großtanklöschfahrzeuges nachgewiesen. Es hat dann mehrere Arbeitsgespräche natürlich gegeben, wo unter anderem Vertreter der Firma Lohr Magirus und auch der Firma Magirus Deutschland, Präsidialamt, Dr. Tieber Stadtrechnungsamt, Dr. Meisenberger für die Feuerwehr und Pilard als zuständigen Offizier anwesend waren und von der Lieferfirma dann auch schriftlich die Übernahme der Reparaturkosten von 100 % gefordert haben. Die einzigen Kosten, die der Feuerwehr dann entstanden sind, sind die Kosten für das Gutachten, das ist dann in etwa über 8.000 Euro gewesen, das Fahrzeug ist seit 3.7. wieder in den Dienst gestellt, es wurde entsprechend neu mit einer Fahrerkabine versehen, das wurde erneuert und es ist richtig, dass wir die vom Gemeinderat am 13.10.2005 beschlossene Aufwandsgenehmigung in der Höhe von 200.000 Euro deswegen nicht beanspruchen müssen, weil natürlich es anerkannt worden ist, dass es ein entsprechender Montagefehler gewesen ist und dieses Geld fließt wiederum dem Budget der Stadt Graz zu.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.

4) Bauvorhaben Flurgasse

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtsenatsmitglieder! In meiner Frage an den Herrn Stadtrat geht es um eine mögliche Weisung, die er dem Straßenamt in Bezug auf die Ausweisung einer Zufahrtsstraße als öffentlichen Interessenweg gegeben haben könnte. Die Gerüchte um eine mögliche Verbauung der Grünfläche hinter der Wohnanlage Flurgasse 28 verdichten sich und es gibt jetzt die große Gefahr für die dortige Bevölkerung, dass diese Grünfläche, die ehemals zu dieser Wohnanlage

gehört hat, die dann vor einigen Jahren ausgegliedert wurde zu einer eigenen Pazelle installiert wurde, nunmehr im Besitz der stadteigenen GBG verbaut werden soll oder zumindest Teile dieser Grünfläche.

Wie Sie und ihr wisst, ist das in einem sehr sensiblen Bereich, wo nicht nur der Messequadrant natürlich Wogen verursacht, sondern es ist so, dass diese Grünfläche einen unheimlichen Altbaumbestand aufweist, Kinderspieleinrichtungen hat und auch eine „Pufferzone“ zwischen den im nördlichen Bereich befindlichen Baugründen darstellt. Es ist so, dass die Zufahrt zu diesem neuen möglichen Baugrund über die bestehende Liegenschaft der Häuser Flurgasse 28 erfolgen soll und hier Gerüchten zufolge soll es hier zu einer Weisung gekommen sein, dass diese Zufahrt als öffentlicher Interessentenweg ausgewiesen wird, dadurch käme es zu jener Situation, dass die Anrainer der bestehenden Häuser dort keine Möglichkeit der Beeinspruchung dieses Bauvorhabens in Bezug auf Zufahrt hätten, weil natürlich im Falle, dass es sich bei dieser Zufahrt um einen öffentlichen Weg oder um einen öffentlichen Interessentenweg handelt, hier Anrainerrechte leider nicht statthaft wären.

In diesem Zusammenhang meine

F r a g e

an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat: Inwieweit hast du tatsächlich dem Straßenamt diese Weisung erteilt, diese Zufahrt als „öffentlichen Interessentenweg“ auszuweisen, wodurch, und das würde ja nicht unbedingt zu deinen Intentionen passen, wo du immer von Bürgermitbeteiligung natürlich sprichst, inwieweit hier diese Anrainerrechte in Bezug auf die mögliche Einwendungen ausgeschaltet werden würden. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Klaus! Ja, ich habe diese Weisung gegeben. Die Weisung bezieht sich selbstverständlich auf den

öffentlichen Interessentenweg, die Nachbarrechte im Bauverfahren werden dadurch, der Anrainerinnen und Anrainer werden dadurch selbstverständlich nicht berührt.

GR. **Eichberger**: Es muss ja einen Grund haben, dass du diese Weisung erteilt hast. Du wirst es ja nicht aus Jux und Tollerei getätigt haben, deshalb meine Zusatzfrage: Bist du jetzt bereit, diese Weisung wieder zurückzunehmen, um dieses ordentliche Verfahren und doch die Möglichkeit der Mitsprache der dortigen Bevölkerung zu ermöglichen?

Dr. **Rüsch**: Nein, das bin ich nicht bereit und zwar deshalb, weil die Weisung für die Einrichtung eines öffentlichen Interessentenweges aus gutem Grund gegeben wurde und aus diesem Grund werde ich die Weisung auch nicht zurücknehmen (*Applaus ÖVP*).

5) Fahrradabstellplätze vor Volksschule Muchargasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Volksschule Muchargasse ist eine Schule, die von vielen SchülerInnen, LehrerInnen, aber auch von immer mehr Eltern bequem mit dem Fahrrad erreicht wird. Diese Räder können bisher nur im Innenhof der Schule abgestellt werden, da vor dem Eingang der Schule kaum die Möglichkeit zum Abstellen besteht.

Am späten Nachmittag werden die Hoftore jedoch geschlossen, sobald der Schulwart seinen Dienst beendet. Fahrräder, die noch im Schulhof abgestellt sind, bleiben dann meist im Innenhof.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, für eine ausreichende Zahl von Fahrradabstellplätzen vor der Volksschule Muchargasse zu sorgen, auch wenn dies unter Umständen den einen oder anderen Pkw-Parkplatz vor dem Schultor kosten sollte? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Diese Frage des Fahrradabstellplatzes ist bis jetzt nicht akut gewesen. Selbstverständlich sind wir bereit, das genau zu prüfen, ich habe auch schon Auftrag gegeben an die Verkehrsplanungsabteilung, dort für den Fahrradverkehr entsprechende Abstellplätze einzurichten und selbstverständlich auch dann, wenn es, wie Sie so schön formuliert haben, den einen oder anderen Parkplatz kostet (*Applaus ÖVP*).

6) Hummelkaserne

GRin. **Jahn** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: In meiner Anfrage geht es um die Hummelkaserne, und Elke, du warst ja dabei, Ende September gab es vom Verein Clio, also vom Verein initiiert einen Rundgang im Kasernenareal, wo sozusagen auf die Geschichte und gleichzeitig auch ein Ausblick gewagt wurde, was könnte man mit diesem doch relativ großen Areal machen. Das Areal, das sind insgesamt 7,2 Hektar, die auf Grund der Umsiedlung der Hummelkaserne oder dessen, was von der Hummelkaserne übrig bleibt in die Gablenzkaserne sozusagen, wo einfach dieses Gelände frei wird. Gerade auf Grund der Lage und auch der Größe ist es natürlich etwas, wo sich die Stadt Graz schon den einen oder anderen Gedanken in Richtung Stadtplanung und auch infrastrukturelle Maßnahmen machen sollte und wie wir auch die Auskunft

bekommen haben von den Eigentümerversprechern des Bundes, gibt es zwar kein Exklusivkaufsrecht für die Stadt Graz, also wenn wir uns dafür interessieren würden, gleichzeitig schaut es aber so aus, dass bereits bis Mitte 2008 damit zu rechnen ist, dass dieses Gebäude sozusagen oder das Areal insgesamt auf den Markt geworfen wird. Da die Zeit in diesem Zusammenhang natürlich schon ein bisschen drängt, weil auf Stadtsenatsebene und auch im Gemeinderat darüber einmal grundsätzlich diskutiert werden müsste und man sich überlegen müsste, welche Finanzierungsmöglichkeiten es denn gäbe, möchte ich an dich die

F r a g e

stellen: Welche Aktivitäten hast du bis jetzt gesetzt, um das Projekt Gemeindewohnungen, also als einen Teil, den man dort realisieren könnte, in der Hummelkaserne voranzutreiben?

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Christina! Ich möchte dir für diese Anfrage danken, sie gibt mir Gelegenheit erneut auch auf die Dringlichkeit hinzuweisen, dass wir Grundstücke für die Schaffung von sozialem Wohnbau ganz, ganz dringend in der Stadt auch brauchen. Wie du schon angesprochen hast, hat es eine Informationsveranstaltung am 27. September organisiert vom Verein Clio gegeben, da konntest du dich auch selbst davon überzeugen, dass dieses Grundstück sehr gut für den sozialen Wohnbau geeignet ist und gleichzeitig, wie du auch in deinem Motivenbericht auch erwähnt hast, ist es natürlich aber auch wichtig, den Zeitfaktor hier im Auge zu behalten. Deshalb habe ich auch gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen, seitdem ich weiß, dass das Bundesheer beabsichtigt, zwei Grundstücke in Graz, also die Kirchnerkaserne und die Hummelkaserne, zu veräußern, auch alle, die im Rahmen meiner Möglichkeit zur Verfügung stehenden Mittel auch angewendet, um hier für die Stadt Graz Grundstücke zu erhalten, die auch nachhaltig für den Gemeindewohnbau geschaffen werden können. Begonnen haben wir, weil du mich auch fragst, welche Initiativen hier gesetzt wurden, letztes Jahr schon im Herbst, indem wir in Form einer Petition Unterschriften gesammelt haben, du weißt vielleicht, dass über 5000 Grazerinnen

und Grazer dieses Anliegen Gemeindewohnungen auf Kasernengrund unterstützt haben, ich halte diese Solidarität und Unterstützung von vielen GrazerInnen in dieser ganz konkreten Frage, also leistbaren Wohnraum auch zu schaffen, für sehr, sehr wichtig. Wir haben diese Petition im Juli dieses Jahres dem Nationalrat übergeben. Wir haben auch im Gemeinderat, wie du weißt, am 16. Februar dieses Jahres einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der auch von allen Parteien hier im Hause unterstützt wurde und auch einstimmig angenommen wurde. Im Sommer, im Juni, habe ich persönlich einen sehr, sehr ausführlichen Brief an den Bundesminister für Landesverteidigung Günter Platter geschrieben, der mir am 27. Juli mitgeteilt hat in einem eher sehr kurz gefassten Brief, dass sozusagen ein Verkauf dieser Liegenschaften unter dem ortsüblichen Preis aus seiner Sicht ausgeschlossen sei. Ich sehe in dem Zusammenhang die Chance jetzt, und wir werden heute auch zum Beispiel im Gemeinderat diesbezüglich eine Initiative ergreifen, an die künftige Bundesregierung heranzutreten und ganz konkret auch in das Verhandlungskonzept jetzt einzufordern, dass die zum Verkauf anstehenden Kasernengrundstücke den Gemeinden nicht unter dem maximalen verwertbaren Preis überlassen werden sollen, sondern das hier der Bund auch seiner sozialen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kommunen nachkommen soll. Einen weiteren Antrag werden wir heute auch einbringen, wir haben das aber auch schon öfter angesprochen in persönlichen Gesprächen ist, die Aufforderung an die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft in Abstimmung mit dem zuständigen Liegenschaftsreferenten dafür zu sorgen, dass Verhandlungen und Initiativen mit den zuständigen Stellen des Bundesheeres aufgenommen werden, so rasch wie möglich. Weiters habe ich im Juni einen auch sehr ausführlichen schriftlichen Brief an meinen Kollegen Stadtrat Riedler, der ja zuständig ist für die Liegenschafts-Ankäufe, gesandt, wo wir einerseits aufgelistet haben, welcher dringenden Handlungsbedarf wir hier haben und ihn auch ersucht, für entsprechende Grundstücke zu sorgen unter anderem eben auch die beiden genannten Kasernengrundstücke. Ich habe aber bis dato keine Antwort erhalten. Hinzu kommt natürlich, dass ich jede Gelegenheit bisher genutzt habe in persönlichen Gesprächen, sowohl auf Stadt- als auch auf Landesebene, zuletzt mit Herrn Landesrat Seitinger, der diesem Vorhaben eigentlich sehr positiv gegenübersteht, angesprochen und für dieses Anliegen auch zu werben. Leider, liebe Christina, ist es so, dass wir natürlich erst dann bauen können, wenn dieses Grundstück uns auch

gehört und alle weiteren Initiativen und Verhandlungen in dieser Angelegenheit kann nicht ich und mit meinem Amt tätigen, sondern das muss vom zuständigen Liegenschaftsreferenten ausgehen. Ob bis dato diesbezüglich Initiativen getätigt wurden, kann ich nicht sagen, ich habe diesbezüglich keine Information erhalten, deshalb wird auch heute eine Anfrage diesbezüglich gestellt werden. Grundsätzlich denke ich aber, dass wir hier nur weiterkommen werden, wenn der politische Wille vorhanden ist und zwar bei allen Verantwortlichen und auf allen politischen Ebenen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Mich hätte jetzt noch einmal die konkrete Situation innerhalb des Stadtsenates interessiert, weil mir ist schon klar, ich weiß, dass zum Beispiel im Zuge von Finanzverhandlungen es da immer Probleme gibt, weil die KPÖ zwar mit zwei Stadtsenatsreferentinnen in den Funktionen sitzt, aber es da ja einen Mangel an Kommunikation oder eine Nichtkommunikation, keine Ahnung, ich kann das nicht beurteilen, gibt. Deswegen meine Frage, hast du als Mitglied des Stadtsenates oder ihr beide als KPÖ-Mitglieder des Stadtsenates, habt ihr dieses Thema schon auf die Agenda des Stadtsenates gebracht, gibt es da, abgesehen von Einzelgesprächen, habt ihr schon einmal innerhalb des Gremiums diskutiert über diese Frage und gibt es da schon in irgendeiner Weise, wie soll man sagen, eine Aussicht auf eine wohlwollende Meinung oder auf eine komplette Ablehnung, weil ich finde es auch super, dass ihr euch mit dem Thema beschäftigt und das unterstützt, das ist mir völlig klar, mich würde nur interessieren, ob es in der Stadtregierung schon einmal eine Konsensbildung gegeben hat oder eine Diskussion überhaupt, also weil ich nicht weiß, wie weit da überhaupt schon geredet wird.

StRin. **Kahr:** Christina, du weißt, also bei dem Informationsgespräch am 27. September waren ja erfreulicherweise wirklich von allen Fraktionen MandatarInnen dabei und ich persönlich habe den Eindruck gehabt, dass wirklich dieses Anliegen, generell dort für die Stadt Graz ein Stadtentwicklungskonzept was weiterzubringen, aber auch, das weiß ich auch von den KollegInnen, auch im Sinne für den sozialen

Wohnbau hier etwas zu tun, den Eindruck hatte ich dort bei dieser Veranstaltung auf jeden Fall. Und ich bin eigentlich davon ausgegangen und es ist auch durchaus gesagt worden, weil ja doch VertreterInnen von allen Fraktionen dabei waren, dass man sozusagen mit den zuständigen Kollegen in der Stadtregierung auch über dieses Ergebnis und über das Gespräch berichtet, weil ja auch von den Vertretern des Bundesheeres und der Verwertungsgesellschaft gesagt wurde, dass sie auf eine Initiative der Stadt Graz warten. Ich persönlich wäre jederzeit bereit, dieses Thema in der Stadtregierung zu diskutieren. Seit der letzten Veranstaltung im September hat es aber keine Stadtregierungsitzung gegeben. Also von meiner Seite her jederzeit (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

7) Umzäunung der Hundewiese im ORF-Park

GR. Mag. **Spath** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung! Meine Frage richtet sich bezüglich Hundewiese im ORF-Park an den Herrn Stadtrat Dr. Riedler. Die ORF-Parkanlage wird durch einen Gehweg in ein Areal für Kinder als Spielwiese und in ein Areal für Hunde als Hundewiese getrennt. Der sehr beliebte ORF-Park wird sowohl von vielen Eltern mit Kindern und Spaziergängern als auch von vielen Hundebesitzern mit ihren Hunden genützt.

Dabei kommt es immer wieder zu Zwischenfällen zwischen frei laufenden Hunden und spielenden Kindern. Um die Gefährdung der Kinder und Spaziergänger einzudämmen und um unnötige emotionale Spannungen auszuräumen, wäre eine Umzäunung des bereits als Hundewiese ausgewiesenen Areals denkbar.

Daher beschloss der Bezirksrat von St. Peter im Jänner dieses Jahres einstimmig, an die Stadt Graz, insbesondere an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler als

Liegenschafts- und Finanzreferenten, heranzutreten, eine weitläufige Umzäunung der oben genannten Hundewiese durchzuführen.

In Ihrer Beantwortung vom 14. März sagten Sie dem Bezirksvorsteher die planliche Darstellung inklusive dem Bauansuchen für das 2. Quartal 2006 und die Realisierung für das 3. Quartal 2006 zu.

Wir befinden uns bereits im 4. Quartal und wie ich mich in dieser Woche selbst überzeuge, wurde mit der Bauausführung einer Umzäunung noch immer nicht begonnen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e :

Wann gedenken Sie Ihre Zusage an den Bezirksrat von St. Peter umzusetzen und die Umzäunung zu realisieren?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die Zusage ist bereits, soweit sie meinen Geschäftsbereich betrifft, umgesetzt. Herr Bezirksvorsteher Schröttner hat namens des Bezirkrates an mich den Antrag gestellt, im ORF-Park eine Hundewiese einzurichten. Am 14. März 2006 habe ich daher den Bezirksvorsteher informiert, dass in dieser Frage für die Umsetzung der Geschäftsbereich Grünraum der städtischen Wirtschaftsbetriebe involviert ist und der Leiter dieses Geschäftsbereiches erklärt hat, dass die Hundewiese im heurigen Jahr errichtet werden soll und den gefassten Zeitplan für die Umsetzung übermittelt. Dieser wurde von mir direkt an den Herrn Bezirksvorsteher weitergeleitet mit dem Bemerkung, dass für allfällige Rückfragen die Wirtschaftsbetriebe kontaktiert werden mögen. Die Abteilung Liegenschaftsverkehr hat nach Erhalt der Planunterlagen durch die Wirtschaftsbetriebe Anfang September unverzüglich die Zustimmung des ORF als Grundeigentümer eingeholt und die vom ORF unterfertigten Pläne sofort nach Erhalt am 5. 10. den Wirtschaftsbetrieben zur Baueinreichung übermittelt. Ich darf nochmals darauf hinweisen, dass für die

Einrichtung von Hundewiesen auf städtischen Liegenschaften der Geschäftsbereich Grünraum der Wirtschaftsbetriebe zuständig ist und meine Abteilung lediglich die Zustimmung des Grundeigentümers ORF einzuholen hatte, da dieses Vertragsverhältnis im Liegenschaftsverkehr abgewickelt wird. Eine Rückfrage bei den Wirtschaftsbetrieben hat ergeben, dass nach der öffentlich-rechtlichen Bewilligung die Hundewiese umgehend ausgestaltet wird und derzeit das Bauansuchen bei der Baubehörde liegt.

Mag. **Spath**: Ich haben noch eine Zusatzfrage. Bürgermeister Nagl hat in der letzten Gemeinderatsperiode als damaliger Liegenschaftsreferent zahlreiche Hundewiese in Graz einrichten lassen. Gedenken Sie, Herr Stadtrat, weitere Hundewiesen in Graz zu installieren?

Dr. **Riedler**: Soweit das ohne zusätzlichen Kostenaufwand und vor allem nach dem Wunsch der Bevölkerung möglich ist, werden natürlich Hundewiesen errichtet, es gibt dafür sehr unterschiedliche Modelle, die kostensparender Natur sind und die Stadt Graz hat in diesem Zusammenhang bisher einen guten Weg beschritten, wie auch die Beantwortung des ersten Teils der Frage von mir schon gezeigt hat (*Applaus SPÖ*).

8) Kunstklappe

GR. **Perissutti** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GR. **Perissutti**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! In Zusammenhang mit der Diskussion um verschwundene oder auch nicht verschwundene – Genauer weiß man ja nicht – Gemälde und Skulpturen des Stadtmuseums wurde von Ihnen Anfang April dieses

Jahres überaus medienwirksam die baldige Einrichtung einer Kunstklappe angekündigt, quasi wohl nach Vorbild der Babyklappe am LKH. Dessen Existenz ist ja nun hinlänglich bekannt, wo sich die Babyklappe befindet, kann man in Erfahrung bringen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

wo sich die sogenannte Kunstklappe befindet? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ruchbar wurde, dass Gemälde aus dem Stadtmuseum fehlen, das ist ja ein Hinweis darauf, dass die Zeit zuvor nicht optimal das Stadtmuseum geführt wurde, habe ich sowohl mit dem Landeskriminalamt wie auch mit dem internationalen Institut, das sich in Deutschland, Berlin, befindet, Gespräche geführt, wir wohl am besten vorzugehen wäre. Übereinstimmend, Herr Kollege, wurde von allen Experten festgestellt, es ist so schwierig, sich da zu konzentrieren, weil permanent Gespräche stattfinden, festgestellt, das alles möglich ist, nur man sollte auf keinen Fall Bilder bezeichnen, Bilder benennen, weil man sonst Gefahr läuft, dass Bilder, die sich im Besitz eines Unbefugten befinden, zerstört werden. Das ist internationale Erfahrung, internationaler Status quo, es wurde uns von allen empfohlen, baut eine goldene Brücke und diese goldene Brücke hätte die Kunstklappe sein sollen, sie befindet sich zur Zeit in Wien und nicht in Graz und ich sage Ihnen auch wieso. Eine Künstlergruppe namens Kunstwerft hat in Wien eine solche Kunstklappe gebaut und erhebt urheberrechtlichen Anspruch darauf, das heißt, das Stadtmuseum hätte 32.000 Euro zahlen müssen, wenn wir eine solche in Graz eingerichtet hätten. Daher habe ich das in der Zwischenzeit gestoppt, das heißt, ich habe die Geschäftsführung der Stadtmuseum GmbH aufgefordert, das nicht zu tun und in der Zwischenzeit hat sich einiges getan beim Wiederauffinden der Kunstwerke, es sind einige da, die ohnedies immer da waren, aber wer kann es wissen, ich jedenfalls bin und war nicht bereit, da in irgendeiner Form auch nur das

geringste Risiko für Kunstwerke, die dem Steuerzahler, der Grazerin und dem Grazer gehören, fahrlässig umzugehen. Tatsächlich arbeitet man daran, eine solche Kunstklappe einzurichten, die allerdings anders heißen wird und die möglicherweise auch anders ausgestaltet sein wird, weil ich es für notwendig erachte, dass verschwundene Kunstwerke nicht dem Risiko und der Zerstörung anheim fallen, das ist internationaler Standard, das ist keine Erfindung des Kulturstadtrates Werner Miedl, sondern das ist Status quo so geht man um, wenn Kunstwerke fehlen. Nicht nur in Graz, sondern auf der gesamten Welt in Wirklichkeit. Daher ist man bemüht, diese Kunstklappe einzurichten, die allerdings nicht Kunstklappe heißen wird, man wird das auch von der Ausgestaltung her so machen, dass man urheberrechtlich nicht in den Geruch kommt, dort ein Geld hinzuzahlen, weil ich bin wirklich nicht bereit, 32.000 Euro für eine solche Einrichtung zu zahlen, die in Wirklichkeit auf der Hand liegt. Ich will aber all jenen, eine Möglichkeit, eine goldene Brücke bieten, die Kunstwerke möglichst unbeschadet wieder zurückzugeben, so sich solche im Besitz Unbefugter befinden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Perissutti**: Ich tu mir schwer, weil man das vorher nicht gescheit prüft und mit etwas hinausgeht, zu differenzieren, was jetzt wirklich sachlicher Beitrag in dieser leidigen Geschichte mit den verschwundenen Bildern oder Skulpturen ist und was nicht. Aber ich darf vielleicht in dem Zusammenhang, um zu klären, was tatsächlich passiert ist, wenn schon die Kunstklappe nicht gekommen ist bisher noch die Zusatzfrage stellen, ob eine Registrierung der fehlenden Bilder stattgefunden hat, ob zumindest auf diesem Weg eine Möglichkeit geschaffen wurde, diese Bilder, die bis jetzt noch nicht aufgetaucht sind und es ist ja offensichtlich schon gesucht worden, zu finden.

StR. **Miedl**: Herr Gemeinderat! Genau das ist erfolgt und genau das ist die internationale Institution, die ich vorhin genannt habe. Nur, meine Damen und Herren und liebe Mitglieder des Gemeinderates, ich bin es wirklich leid in dieser Frage permanent wegen Versäumnisse, die ganz woanders liegen, denn ich bin der erste

Stadtrat, der innerhalb von sechs Monaten eine Inventur in Sachen Kunstwerke zustande gebracht hat und ich bin der Erste, der dort begonnen hat, Ordnung zu machen in diesen Fragen und ich kann bitte nichts dafür, dass es vorher nicht so war und ich kann auch nichts dafür, dass dort Fehler passiert sind in der Geschäftsführung...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Hat der Stadtrat Buchmann versagt?

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Wer war denn der Vorgänger?

StR. **Miedl:** Und jetzt sage ich Ihnen noch was, Herr Kollege. Wie die Führung gelaufen ist, das wissen wir ganz klar, da hat es Verantwortliche gegeben und diese Verantwortlichen haben anders geheißen. Ich weiß nicht, ob der Herr Bürgermeister Nagl jemals der Leiter des Stadtmuseums war, aber ich kann Ihnen gerne ein paar Namen nennen, die das waren, aber lassen wir das. Meine Damen und Herren und das ist mein Ersuchen, es ist jetzt in den letzten Tagen eine anonyme Anzeige an die Staatsanwaltschaft ergangen, wo der jetzige Geschäftsführer wieder wegen irgendeines Versäumnisses angezeigt wurde. Es muss ganz einfach Schluss sein mit diesen Intrigen, wechselseitigen Beschuldigungen, Verdächtigungen, es geht um das Stadtmuseum und das haben wir herauszuhalten (*Applaus ÖVP*) aus dieser Kriminalisierung. Und, meine Damen und Herren und Herr Kollege Gemeinderat, ich tue alles dafür, dass man dort eine Ordnung hineinkriegt, nur Sie werden es wirklich nicht zusammenbringen, mir nur in einer geringsten Frage eine Schuld zuzuweisen, weil ich habe genau das getan, was sich der Gemeinderat von einem Stadtrat erwarten darf, nämlich schauen, wo die Kunstwerke sind, sie auflisten und das Vermögen der Stadt sozusagen in sicheren Besitz zu wännen, das habe ich getan und das werde ich auch weiter tun, ich danke Ihnen aber für Ihr Interesse und Ihre

Anfrage. Das Stadtmuseum wird weiterhin hoffentlich gut sich entwickeln (*Applaus ÖVP*).

GR. **Perissutti**: Es sei mir aber schon erlaubt, auf die Ressortzuständigkeit der ÖVP hinzuweisen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, das ist richtig, ich kann Ihnen dazu auch sagen, weil ich auch einmal die politische Verantwortlichkeit dort getragen habe. Ich bin nicht einmal auf die Idee gekommen, eine permanente Inventur dort durchzuführen, weil für mich war das eine Selbstverständlichkeit. Ich war wirklich seit langem der erste Stadtrat, der gesagt hat, ich will diese Liste sehen. Ich habe mich in den letzten Jahren immer damit begnügt, wenn immer ein Bild in Büros etc. gekommen ist, war das inventarisiert, ich dachte hier sei alles in Ordnung und ich glaube, dass die Geschäftsführung hier wirklich zu kritisieren ist, weil so was gar nicht stattgefunden hat (*Applaus ÖVP*).

9) Feng Shui und Yoga an Schulen

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Angesichts Ihrer jüngsten Aktivitäten kann man Ihnen eine gewisse Umtriebigerkeit im Schulbereich wahrlich nicht absprechen. Wenngleich manche, und diese Meinung teilen auch sehr viele LehrerInnen, der Auffassung sind, dass die Energien vielleicht ein wenig effizienter und zweckmäßiger kanalisiert werden sollten.

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

GRin. **Meißlitzer:** Gerda hast ein Problem heute, na ich glaube nicht. Natürlich sind Konferenzzimmer-Ausgestaltungen nach Feng Shui eine feine Sache und wären sozusagen die Butter auf dem Brot. Bloß hat man den Eindruck, dass hier nur ein bisschen Butter herumgereicht wird – lediglich zum Anschauen; denn einerseits werden Lehrerinnen und Lehrer und Direktorinnen und Direktoren aufgefordert, sich zwar Gedanken über das Wie des Ausgestaltens zu machen, ihnen wird aber gleichzeitig bereits mitgeteilt, dass die Umsetzung, sprich die Finanzierung, natürlich auf Grund der begrenzten Budgetmittel nur in kleinen Schritten erfolgen könne. Was allerdings unsere Lehrerinnen und Lehrer und Direktorinnen und Direktoren nicht sonderlich überraschen dürfte: Die wären zum Teil schon zufrieden, würde man ihnen das „Brot“ für die tägliche Arbeit finanzieren: Wenn etwa ausreichend Geld für Lehrmaterialien und für die Klassenausgestaltungen vorhanden wäre, wenn Vorhänge oder Sonnenschutzrollos in den Klassenräumen finanziert werden würden.

Ähnliches gilt für Ihren jüngsten Vorschlag, für Lehrerinnen und Lehrer Yoga zu bezahlen. Nun, es ist sicher auch ein Ansatz, Lehrerinnen und Lehrer, die in Schulklassen mit einem 80- bis 90-prozentigen Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache unterrichten, die sich mühsam privat notwendige Unterrichtsmaterialien besorgen, als Ausgleich Yoga zu spendieren. Hilfreicher wäre es für diese Lehrerinnen und Lehrer allerdings, dass – wenn schon nicht eine unterrichtsgerechte Verteilung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache erfolgt – zumindest für Klassen mit einem derart hohen Anteil zusätzliche Dotationen erfolgen, um damit zusätzliche Unterrichtsmaterialien, Lernspiele etc anschaffen zu können. Und damit wäre den Lehrerinnen und Lehrern und den Kindern sicher mehr geholfen, als Konferenzräume nach Feng Shui auszugestalten und Yoga-Stunden anzubieten.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

wie hoch die Projekte „Feng Shui“ für Konferenzzimmer beziehungsweise Yoga für Lehrerinnen und Lehrer seitens Ihres Ressorts budgetiert sind? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl:** Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Damen und Herren des Gemeinderates! Auf alle Fälle, Miedl ist spürbar in dieser Stadt, also das freut mich einmal (*Applaus ÖVP*). Feng-Schule nennt sich ein Konzept und zwar ist das ein ganzheitlicher Ansatz, Frau Kollegin Meißlitzer, das geht über die Pausenhofgestaltung, und wir haben vorhin über geschlechterspezifische Verhältnisse gesprochen, es geht um die gesunde Ernährung, über Bewegung und es befasst sich insgesamt mit dem Wohlbefinden an der Schule, hat natürlich auch mit Integration zu tun. Sie werden demnächst auch davon hören. Das heißt, das ist kein Konzept, das in sich abgeschlossen ist, sondern es wird wöchentlich und wenn Sie, Frau Gemeinderätin, dafür Sorge tragen, dass ich mehr Geld zur Verfügung habe, gerne auch täglich neue Bausteine in dieser Frage geben. Aber jetzt konkret zu Ihrer Frage. Wissen Sie, ich habe mich damit auseinandergesetzt, was kann man über das Übliche, das in den Schulen stattfindet, hinaus tun, damit sich die LehrerInnen, die Schüler und die Eltern besser aufgehoben fühlen. Ich rede da immer vom Beziehungsdreieck dieser drei beteiligten Gruppen. Und ich bin draufgekommen, dass es sehr viele kleine Wünsche der Lehrerinnen und Lehrern sind, die sich sehr oft nicht aufgehoben und nicht verstanden fühlen und da geht es um Wünsche, wie, wenn ich einen Schulraum ausgestalte, wenn ich den umfärble, könnte man nicht ein bisschen Farbe geben. Das kostet nichts, meine Damen und Herren, sie haben die Vorhänge moniert, ja, Frau Kollegin Meißlitzer, wir prüfen gerade die Vorhangfrage, weil sie sehr wohl zum Wohlbefinden in den Schulen beiträgt. Das ist natürlich ein feuerpolizeilicher Aspekt, sie können über alles lachen, meine Damen und Herren, und ich stelle fest, dass die Sozialdemokraten für sich in Anspruch nehmen und Sozialdemokratinnen, sie sind die alleinigen Experten. Aber auf Grund des Zuspruches, und Expertinnen, um das zu gendern, Frau Kollegin, aber auf Grund des Zuspruches der Lehrerinnen und Lehrer, ich habe so viele positive E-Mails, gestern spät am Abend ruft eine Lehrerin bei mir im Büro an und fragt mich, ob sie noch am Yoga-Kurs teilnehmen kann.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Die Riesschüler sind besonders begeistert.

StR. **Miedl:** Sage ich Ihnen, ich lasse mich von diesem Konzept nicht abbringen und, Frau Kollegin Meißlitzer, jetzt konkret zu Ihrer Frage, ich habe den Gemeinderat vor einem halben Jahr gebeten, ein Geld umzuschichten, Sie haben das für mich getan, es handelt sich um kein Geld, das der Schule üblich vorbehalten war, sondern ich habe in der Bau- und Anlagenbehörde, wo ein bisschen ein Geld überschüssig war, habe ich ein Geld locker gemacht und Sie haben das beschlossen und es geht um 50.000 Euro, die ich heute den Schulen zusätzlich zur Verfügung stellen will, damit sie ihrer schwierigen Aufgabe gerecht werden können und damit sie ein bisschen auch ein öffentliches Lob und eine öffentliche Anerkennung für ihr Tun haben und ich bekenne mich dazu, so wie sich die ÖVP dazu bekennt und wenn Sie sich nicht dazu bekennen, gehen Sie hin und sagen Sie es den Lehrerinnen und Lehrern. Ich werde mein Programm weiterfahren (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer:** Herr Stadtrat, ich freue mich, dass Sie jetzt erheben, ob Vorhänge in Klassenräumen notwendig sind oder nicht und wie der Brandschutz ausschaut. Ich kann Sie in Klassenräume führen, wo Elternvereine, Elternvertreter, Lehrerinnen und Lehrer sehr wohl ihre Klassenräume ausgestattet haben, um ihr eigenes Geld. Aber meine Zusatzfrage lautet anders. Könnten Schulen vielleicht auf dieses großmütige Angebot von Feng Shui und Yoga verzichten und stattdessen den aliquoten Anteil für die Anschaffung von Unterrichtsmaterialien in Anspruch nehmen beziehungsweise Sonderdotationen für Klassen mit einem Anteil von mehr als 50 % Kindern mit nicht deutscher Sprache erhalten? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl:** Frau Kollegin, das werde ich nicht tun, weil ich Politik mache und zu meiner Form der Politik stehe, Punkt, aus, fertig. Aber Frau Kollegin, ich befinde mich gerade in schwierigen Budgetverhandlungen und ich habe einen Beitrag genau für

jenen Teil moniert beim Finanzreferenten, den Sie umgesetzt wissen wollen. Wenn Sie mir dabei helfen, bin ich gerne bereit, sofort noch viel mehr Geld in die Schulen zu Pumpen, weil zu dem, was Sie sagen, fällt mir noch viel mehr ein, Frau Kollegin, und ich habe mich wahrlich gut auseinandergesetzt mit den Bedürfnissen in unseren Schulen. Da brauche ich Sie nicht, da bin ich Schulreferent genug. Es wird Initiativen geben von mir, lassen Sie mich nicht hängen, dann wird es von mir noch mehr Initiativen geben als Ihnen jemals recht sein könnte, das kann ich Ihnen versprechen, Frau Kollegin, dazu brauchen wir Sie nicht (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Binder: Drohen Sie?

10) Sanierung Oeverseegasse

GRin. **Edlinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass Stadtrat Rüschi es mit der Zusammenarbeit und Kooperation von unterschiedlichen Beteiligten anders hält als sein links neben ihm sitzender Kollege. Meine Frage bezieht sich auf die Sanierung Oeverseegasse und da geht es um Zusammenarbeit, Kooperation. Und zwar hat Ihr Ressort, Herr Stadtrat, ja auf Grund des derzeitigen Zustandes der Oeverseegasse und auf Grund der Pilzbefallenheit der Bäume im Jahr 2004 einen Plan für eine Sanierung erstellen lassen und Ihr Bürger-/Bürgerinnenamt hat damals im November 2004 zu einer Bürger/Bürgerinnenversammlung eingeladen. Nachdem an diesem Abend damals sehr viele Wünsche der Anrainer/Anrainerinnen kundgetan wurden, nämlich dass sie keine zweite Parkspur wollen, dass sie damals noch aktuell die Allee auch erhalten wollten, aber vor allem und das war der zentrale Hauptwunsch auch, dass es zu keiner Verbreiterung der Fahrbahn kommen soll, weil durch die enge Fahrbahn einfach eine natürliche Tempobremse gegeben ist, habe ich im Jänner 2005 an Sie

in der Fragestunde meine erste Frage in diese Richtung gestellt, nämlich ob die Sanierung der Oeverseeegasse nach den Wünschen der Anrainer und Anrainerinnen umgesetzt wird. Sie haben mir damals geantwortet, sehr geehrter Herr Stadtrat, wir werden einen neuen Gestaltungsplan erstellen, eben auf Grund der Ergebnisse der Bürger/Bürgerinnenversammlung, welcher selbstverständlich im Dialog mit den Anrainerinnen und Anrainern erarbeitet werden wird. In der Zwischenzeit ist offensichtlich der Pilzbefall der Bäume derart massiv geworden, dass auf Grund der Verkehrssicherheit dann heuer vor dem Sommer einzelne Bäume der Allee geschlägert werden mussten und ich habe dann noch einmal, weil ja doch seit November 2004 schon einiges an Zeit vergangen ist, in der letzten Sitzung vor dem Sommer an Sie die Frage gestellt, wieder in der Fragestunde, ob eben die Wünsche der Anrainer/Anrainerinnen Berücksichtigung finden bei der Sanierung der Gasse und wann mit den baulichen Maßnahmen zu rechnen ist. Sie haben damals mir noch nicht sagen können, wann es hier zum Vorliegen eines neuen Plans kommen wird. Nun wurden aber für den 10. Oktober ins Jugend- und Familiengästehaus die Bürger/Bürgerinnen wieder eingeladen, weil eben ein Plan, der das Datum Juli getragen hat, dort präsentiert wurde. Kleiner Hinweis nur am Rande, weil wir uns ja gerade im Werkstatt-Graz-Modell sehr viel mit Bürger-/Bürgerinnen-Beteiligung befassen, der Beginn dieser Veranstaltung war für 17.00 Uhr festgelegt, was einfach für viele Anrainer/Anrainerinnen ein nicht haltbarer Termin ist, weil sie dann eben auf Grund von Arbeitsverpflichtungen noch nicht zu einer Bürgerversammlung gehen können. Bei diesem Plan, der nun im Oktober vorgelegt wurde von Ihrem Amt, wurde ein einziger Wunsch der Anrainer aufgenommen, nämlich dass es keine zweite Parkspur geben soll, aber der wesentliche Wunsch, nämlich die Nichtverbreiterung der Fahrbahn war nicht berücksichtigt, eher vor allem im ersten Teil der Veranstaltung der Versammlung aufgeheizt und ein sehr starkes Gegeneinander. Die Anrainer/Anrainerinnen haben wieder eingebracht, wir möchten keine Verbreiterung, die Amtsvertreter haben gesagt, das geht aber nicht, man muss 5,5 Meter machen, also es war eher ein Hin und Her, bis sich das langsam gefügt hat und dann sind noch zahlreiche Anregungen gekommen, weil eben auch der Eindruck da war, dass der Plan einfach am Schreibtisch entstanden ist. Man hat eine Fahrbahnbreite von 5,5 vorgesehen, man hat rechts und links den Alleebereich und den Gehweg festgelegt, aber viele anderen tagtäglichen Bedürfnisse der Anrainer sind im Plan nicht berücksichtigt gewesen. Zum Beispiel, wo kommen die Müllsammelstellen hin,

dass man die von vornherein mitplant, dass es da kein Durcheinander gibt, dass auch die Lärmbelästigung bei den Glascontainern möglichst hintangehalten wird, es ist am Plan der zweite Zugang zum Oeverseepark nicht berücksichtigt. Das heißt im Zuge dieser Versammlung damals sind noch viele Anregungen in dieser Richtung gekommen, die man aber jetzt natürlich nur einarbeiten kann, wenn es diesen Dialog mit den Bürgern und Bürgerinnen wirklich gibt.

Und deswegen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

wird es diesen Dialog geben beziehungsweise welche Wünsche der Anrainer/Anrainerinnen konkret werden im Zuge der Sanierung der Oeverseegasse nun berücksichtigt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Ich weiß jetzt nicht genau, bei welcher Veranstaltung Sie waren und bei welcher Veranstaltung die Beamten, für die ich zuständig bin, waren.

Zwischenruf GR. Herper: Du warst bei einer anderen Veranstaltung.

Dr. **Rüsch**: 17.00 Uhr ist aus unserer Sicht ein sehr guter Termin, wir haben das immer wieder festgestellt, wenn die Termine später stattfinden, die Leute nach der Arbeit nach Hause gehen, dann sind sie viel schwerer mobilisierbar, dass sie dann an Bürgerveranstaltungen teilnehmen, als wenn es nach der Arbeit ist und ich glaube, dass das in diesem Falle auch der richtige Ansatzpunkt war. Von all dem, was Sie gesagt haben, bin ich komplett anders informiert, ich habe ein internes Protokoll vor mir liegen und auch eine Zusammenfassung dazu. Ich darf Ihnen vorlesen, was laut den Beamten, die dort waren bei dieser Veranstaltung,

wohlgemerkt nicht im Nachhinein, sondern bei dieser Veranstaltung vereinbart wurde an Bürgerwünschen Erstens: Die Bepflanzung von Schnurbäumen, so wie sie war bis jetzt. Zweitens, dass die westseitige Baumreihe in der Bestandsachse wieder aufgebaut wird, ursprünglich war sie mehr an der Fassade geplant, die Bäume sollen dorthin kommen, wo sie waren. Drittens: Eine weitere Reduktion der Fahrbahnbreite auf fünf Meter für zwei Richtungsverkehre zugunsten eines breiteren östlichen Grünstreifens. Viertens: Die Querungshilfe im Bereich des Parkeinganges mit erforderlichen Sichtbeziehungen. Fünftens: Die Berücksichtigung von Flächen für Müllsammelstellen, allerdings ist hier nur eine Abstimmung mit der AEEG notwendig und sechstens: Die westseitige Grünfläche, nach Möglichkeit die gepflasterte Querung zwischen Gehsteig und Fahrbahn im Bereich der Hauseingänge. Nach meiner expliziten Information am Tag nach dieser Veranstaltung ist laut Auskunft der Beamten, die dort waren, kein einziger offener Bürgerwunsch übrig geblieben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Herr Stadtrat, ich habe ja auch vom ersten Teil der Veranstaltung gesprochen, wenn Sie mir zugehört haben, wo es eher ein Gegeneinander war als ein Miteinander, weil eben dieser Eindruck da ist, dass hier einfach auf dem Schreibtisch geplant wurde, ohne dass man sich vor Ort ganz konkret mit den Bedürfnissen und Wünschen auseinandergesetzt hat erstens und zweitens, weil die Wünsche ja schon im November 2004 artikuliert wurden und trotzdem jetzt wieder ein Plan präsentiert wurde, der das nicht berücksichtigt hat und es geht hier nicht um eine Kostenfrage, dass die Wünsche jetzt mehr kosten würden. Von dem her war auch einfach nach Ende der Veranstaltung bei den Bewohnern/Bewohnerinnen, mit denen ich gesprochen habe, eine Verunsicherung da, wird das, die Zusage hat es gegeben von der beamteten Seite, das heißt aber noch immer nicht, dass das auch wirklich so kommt und von daher war eine große Verunsicherung da, kommt das jetzt auch wirklich und was ist mit diesen zusätzlichen Kleinbedürfnissen, die wir geäußert haben? Und meine Zusatzfrage geht dahin, genau diese Verunsicherung und diese zweimal, dreimal Bürger/Bürgerinnenversammlung kann man eigentlich vermeiden, wenn man von vornherein, bevor man die Planung so fixiert, die Wünsche und Bedürfnisse erhebt und deswegen erscheint es mir einfach zielführend, dass für

solche Projekte, die in der Stadt sowieso umgesetzt werden sollen, Sie da einfach Mittel aus der Werkstatt Graz hernehmen und von vornherein in diesem Zusammenhang für Bürger-/Bürgerinnenbeteiligung einsetzen und da möchte ich wissen, ob das für Sie ein gangbarer Weg wäre.

Dr. **Rüsch**: Kurz der Reihe nach, zunächst einmal, jede Veranstaltung besteht aus zwei Halbzeiten, wenn sie so wollen, aus dem ersten Teil und aus dem zweiten Teil. Ich habe ja auch gehört, dass im ersten Teil es durchaus hitzige Diskussionen gegeben hat, aber wer mit Bürgerbeteiligung befasst ist, der weiß, dass das sehr oft der Fall ist. Ich denke, wir sollten da nicht lange herumdeuten, es hat ein klares Ergebnis gegeben, die Veranstaltung war ja auch nicht als Bürgerinformation, sondern als Planungswerkstatt angegeben, als Planungsnachmittag, bei dem die Vorstellungen diskutiert werden sollten. Dass man das möglicherweise besser vorbereiten kann, will ich überhaupt nicht leugnen, kann auch gemacht werden, aber ich habe Ihnen ja vorhin genannt, welche Ergebnisse zustande gekommen sind und ich stehe auch politisch dahinter. Geld aus der Planungswerkstatt für solche Veranstaltungen bereitzustellen, bin ich dagegen, weil die Planungswerkstatt ein eigenes Projekt ist mit einer eigenen Methode und ich denke, dabei sollten wir auch bleiben, es wird darüber hinaus selbstverständlich so wie bisher zu allen Bebauungsplänen, zu allen Verkehrsplanungen eigene gesonderte Bürgerbeteiligungstermine geben (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, damit ist die Zeit der Fragestunde wieder vorbei. Ich möchte da hier an jeden Gemeinderat und an jede Gemeinderätin, im Speziellen aber an die Klubvorsitzenden, einen Appell richten. Wir haben eigentlich in der Fragestunde eine Vereinbarung, die da lautet, es gibt da noch eine Zusatzfrage. Ich ersuche wirklich, eine kurze Zusatzfrage zu stellen, weil wenn es jedes Mal in ein Referat ausartet, kommen andere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wie heute wieder nicht dran (*Applaus ÖVP*). Ich bitte, das zu beherzigen.